

Gerhard-Mercator-Universität Duisburg

Sommersemester 2000

**Verschwörungen als Ursache für
Demokratiegefährdung**

Seminar: Zur Reformfähigkeit des Politischen Systems der
Bundesrepublik

Dozent: Dr. Hans-Jürgen Lange

Alexander Kocks
Berlinerstr. 180
45144 Essen
Tel.: 0201/767734
Matr.Nr.: 732451
4. Fachsemester

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	1
2. VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN: MODELLE, SICHTWEISEN UND KONSEQUENZEN	2
3. GEHEIMDIENSTE: INSTRUMENTE VON MACHTINTERESSEN	4
3.1 Drogen- und Waffengeschäfte der Geheimdienste	5
3.2 Medienmanipulation durch Geheimdienste	7
4. DIE ÜBERWACHTE GESELLSCHAFT	9
4.1 Der Fall PROMIS	11
4.2 NSA und Microsoft	12
4.3 Das Echelon-System	13
5. CUI BONO: DIE WELT ALS FREIHANDELSZONE	14
6. SCHLUßBETRACHTUNG	17
LITERATURVERZEICHNIS	20

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit hat sich des komplexen Phänomenbereichs von Verschwörungstheorien angenommen.

Verschwörungstheoretische Erklärungsansätze für gesellschaftliche Ereignisse und politische Entwicklungen finden in der politikwissenschaftlichen Diskussion kaum Beachtung. Vermeintliche Verschwörungstheorien haben sich jedoch nicht selten als tatsächliche Verschwörungen entpuppt. Beispielhaft sind hierfür die Iran-Contra-Affäre, der Watergate-Skandal und die Propaganda der (P2)- Verschwörung.

Verschwörungstheorien werden hier verstanden als „Theorien über eine ungewisse Anzahl zusammenarbeitender Individuen, die eine geheime Vereinbarung getroffen haben, um ein verborgenes Ziel zu erreichen, das gegen Gesetz und Ordnung verstößt.“

Es ist nicht das Anliegen dieser Arbeit, mögliche Determinanten für verschwörungstheoretische Denkmuster zu untersuchen. Sicherlich können wachsende gesellschaftliche Unsicherheiten, die z.B. durch die Herauslösung aus traditionellen Bindungen oder durch zunehmenden Meinungs-, Deutungs- und Glaubenspluralismus entstehen, eine kausale Wirkung auf verschwörungstheoretisches Denken haben.

Basierend auf tatsächlichen, also empirisch nachweisbaren Verschwörungen soll hier vielmehr die Frage beantwortet werden, ob die Stabilität und das Fortbestehen der Demokratie, insbesondere der deutschen, durch reale Verschwörungen als gefährdet zu betrachten sind.

Um dem Anspruch der Beweisbarkeit gerecht zu bleiben, wird auf die Einbeziehung bestimmter Strömungen innerhalb der Verschwörungstheorien verzichtet. So finden weder mysteriöse Geheimgesellschaften noch unerklärbare Phänomene Erwähnung. Desweiteren wird Abstand genommen von der Behandlung ideologisierender Verschwörungstheorien.

Ein Großteil der verwendeten Literatur beinhaltet Aufdeckungen von faktischen Verschwörungen, in die staatliche Geheimdienste verstrickt waren und sind. Da diese sich als der institutionelle, exekutive Kern einer nicht

geringen Anzahl von Verschwörungen offenbaren, gilt ihnen ein besonderes Augenmerk.

Es wird untersucht, ob die Geheimdienste die ihnen per Verfassung und Gesetz zugewiesenen Aufgaben überschreiten, unter anderem indem sie durch Interessengruppen instrumentalisiert werden und somit nicht mehr demokratisch legitimiert sind. Ob sich diese Annahme verifizieren läßt und somit auf eine mögliche Demokratiegefährdung durch endogene Einflüsse hinweist soll explizit geklärt werden.

Die zentralen Untersuchungsmomente sind: Geheimdienstliche Drogen- und Waffengeschäfte, Medienmanipulation und die Überwachung der Gesellschaft.

Im Anschluß wird ein Verschwörungsszenario vorgestellt, das die Entwicklung der Welt zur Freihandelszone in Verbindung zu Interessengruppen setzt, die ihren Einfluß in geheimen Gremien geltend machen und deren Beschlüsse Einfluß auf das soziale Leben ganzer Gesellschaften haben. Die Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD wird dabei im engen Zusammenhang betrachtet.

2. Verschwörungstheorien: Modelle, Sichtweisen und Konsequenzen,

Gemäß der genannten Definition trifft man heutzutage auf Verschwörungstheorien in einem erreichten Ausmaß, das es vorher in der Geschichte noch nie gegeben hat.

„Other centuries have only dabbled in conspiracy like amateurs. It is our century which has established conspiracy as a system of thought and a method of action“ (Moscovici 1987, S. 153).

In Europa und später in den USA haben sich dabei mindestens drei grundlegende Verschwörungstheoriemodelle herausgebildet. Das eine manifestiert sich in Gestalt von Geheimgesellschaften: vom Orden der Tempelritter über die Freimaurer bis zu den Illuminaten Das zweite Modell äußert sich in der antisemitischen Behauptung, daß >>das internationale Judentum<< die Geschicke der Welt lenkt. Denen gegenüber erklärt das

dritte Modell ergänzend eine Infiltration der Geheimgesellschaften durch zionistische Machtinteressen. Selbst die kritiklose Wiedergabe des klassischen antisemitischen Machtwerts „Protokolle der Weisen von Zion“, ein angeblicher Plan einiger prominenter Juden zur Beherrschung der Welt ist hierbei in Literatur und Internet vorzufinden.

Bei allen Verschwörungstheoriemodellen werden Feindbilder benannt, die die kollektive Verantwortung für die jeweiligen Krisen tragen. Die gängig genannten Gruppen sind: Juden, Freimaurer, Illuminaten, Tempelritter, Council of Foreign Relations, Bilderbergers, Trilateral Commission, Round Table, Skull and Bones Orden (vgl. Vankin und Whalen 1998, S. 10ff).

Die Verschwörungstheoriemodelle sind ihrerseits durch zwei verschiedene Sichtweisen zu reflektieren: Die erste ist die der weltverschwörungstheoretischen Sichtweise und impliziert, daß alles was in der Welt geschieht von gewissen Mächten gelenkt wird (1). Geht man von der Weltverschwörungstheorie aus, so ergibt sich auch die logische Konsequenz für die heutige Staatsform der deutschen Demokratie, daß sie entweder nicht mehr existiert (sondern nur scheinbar) oder daß nie die Demokratie mit ihren typischen Staatsstrukturprinzipien umgesetzt wurde.

Tatsächlich zeigt sich aber gerade in den Weltverschwörungstheorien die Unterschätzung der Komplexität historischer Prozesse, lineare Denkweisen, die Über-schätzung des Einflusses einzelner Personen auf geschichtliche Ereignisse und die Zusammenfügung einzelner historischer Fakten in einen kausalen Zusammenhang, der nicht aufgezeigt werden kann (Groh 1987, S. 11).

Die zweite Sichtweise der Verschwörungstheoriemodelle gründet auf differenzierten Verschwörungstheorien. Diese beinhalten, daß gewisse Mächte versuchen alles, was geschieht, zu lenken (2).

Die differenzierten Verschwörungstheorien sind demgemäß akzentuiert durch den Soll-Zustand der absoluten Machterlangung und nicht wie die Weltverschwörungstheorien durch den Ist-Zustand des absoluten Machtbesitzes. Somit ergibt sich auch für die demokratische Grundordnung der BRD eine andere Konsequenz: Ihre Existenz wird nicht in Frage gestellt, aber als gefährdet angesehen. Verschwörungstheorien, die sich durch

Aufdeckung als tatsächliche, also empirisch nachweisbare Verschwörung entpuppt haben, unterstreichen dann auch eher die Theorie der Demokratiegefährdung, als die ihrer Nichtexistenz. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie sich demokratischen Kontrollmechanismen entzogen haben.

3. Geheimdienste: Instrumente von Machtinteressen

Eine nicht geringe Anzahl aufgedeckter Verschwörungen offenbart die staatlichen Geheimdienste als institutionellen Kern der jeweiligen Verschwörungen, zumindest im Bereich der exekutiven Gewalt. Gemäß der jeweilig herangezogenen verschwörungstheoretischen Modelle werden sie dabei durch unterschiedlich benannte Interessengruppen als instrumentalisiert betrachtet. Augenfällig ist in der verschwörungstheoretischen Literatur die Behauptung, daß den verdeckten, geheimdienstlichen Aktivitäten in weiten Teilen jede demokratische Legitimation fehle. Begründet wird dies durch den Umstand, daß Nachrichtendienste die ihnen per Verfassung und Gesetz zugewiesenen Aufgaben überschreiten.

Vielmehr beschäftigen sie sich im Schwerpunkt mit den Methoden und Instrumenten der verdeckten Durchsetzung von Machtpolitik unterhalb und außerhalb der Schwelle des Kriegsvölkerrechts und sammeln zu diesem Zweck die erforderlichen Erkenntnisse. Diese inoffizielle, verdeckte, reale Außenpolitik schert sich weder um nationales noch internationales Recht, geschweige denn um die Regeln des Völkerrechts und der Menschenrechte. Diese Politik wird in den Demokratien vor den demokratischen Entscheidungsgremien im wesentlichen geheimgehalten und öffentlich weder dargestellt noch viel weniger in den Medien erörtert (von Bülow 1998, S. 483).

Tatsächlich ist diese Hypothese durch diverse Beispiele zu belegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Großteil der nachgewiesenen demokratiegefährdenden Aktivitäten mehr auf die amerikanischen Geheimdienste CIA (Central Intelligence Agency) und NSA (National Security Agency) und

tendentiell auf den israelischen Mossad verweisen, als auf den deutschen BND (Bundesnachrichtendienst). Dieser, obwohl auch in seinem eigenen Handeln die ihm vorgegebenen Rechtsgrundlagen brechend, besticht mehr durch Opportunismus dem Hegemon USA gegenüber als durch ein eigenes adäquates Entfaltungspotential. Zudem gehört auch Deutschland zu dem 50 Nationen, in denen die CIA und die NSA kontinuierlich mit verdeckten Operationen die Geschicke in ihrem Sinne zu lenken versuchen. Dabei werden deutsche Nachrichtendienste und Kriminalpolizei geblendet und unterwandert, ebenso gibt es auch in den Diensten der BRD wichtige Amtspersonen, die ihre Loyalität gegenüber der eigenen Nation der gegenüber der Supermacht unterordnen, dies gilt im gleichen Maße für die deutsche Medienlandschaft (vgl. CIA The Pike Report 1977, S. 234).

In diesem Sinne wird die freiheitlich demokratische Grundordnung der BRD durch ausländische Dienste, hinter denen wiederum Interessensgruppen stehen, als gefährdet betrachtet.

3.1 Drogen- und Waffengeschäfte der Geheimdienste

Die Drogen- und Waffengeschäfte der Geheimdienste, Dreh- und Angelpunkt etlicher Verschwörungstheorien als auch aufgedeckter Verschwörungen wie etwa die Iran-Contra-Affäre zeichnen sich aus durch ein symbiotisches Verhältnis zwischen Geheimdiensten und organisierter Kriminalität, das sich für beide bezahlt macht. So nutzten die Geheimdienste weltweit die Kräfte der organisierten Kriminalität und die beachtlichen Finanzmittel des Drogenhandels. Dies ist der Grund für die Tatsache, daß der Kampf gegen den Rauschgifthandel, der in den USA mit 17 Milliarden Dollar vorgeblich mit großem Engagement ausgestattet, ebenso verloren geht wie der gegen den illegalen Waffenhandel oder gegen die Rückschleusung des kriminellen Bargeldes in das Bankensystem (vgl. Krüger 1980, S. 221).

Viele der von Drogen- und Waffenhandel gekennzeichneten Geheimdienstoperationen führen zu Umstürzen ganzer Regierungen. So ist nahezu kein Land Lateinamerikas von verdeckten CIA-Operationen zum Zwecke des

Sturzes oder der massiven Einschüchterung seiner Regierung verschont geblieben. Obwohl die betroffenen Regierungen in aller Regel nur ihrem demokratischen Auftrag nachgingen, wurden die Terrorakte gegen sie stets durch das fadenscheinige Argument gerechtfertigt, daß sie sonst dem Kommunismus verfallen wären (vgl. von Bülow 1998, S. 226).

Daß die wahren Gründe weniger im Spannungsgefüge des Kalten Krieges zu suchen sind, sondern vielmehr in rohstoffbedingten ökonomischen Interessen ist evident. Auch die geheimen Waffengeschäfte des deutschen Bundesnachrichtendienstes werden durch jene Argumentation der scheinbaren sowjetischen Gefahr beschönigt (vgl. Ulfkotte 1997, S. 184ff). Unzählige vom BND durchgeführten Waffengeschäfte zeigen die begrenzte Tragweite gesetzlicher Ausfuhrverbote in Krisengebieten auf. Exemplarisch dafür stehen die mit Unterstützung des BND von der deutschen Firma Telemit durchgeführten Waffenlieferungen sowohl an den Irak als auch an den Iran während des ersten Golfkrieges, weiterhin die erst im Oktober 1991 bekannt gewordenen regelmäßigen, als „landwirtschaftliches Material“ deklarierten Waffenlieferungen des BND an Israel (vgl. Ulfkotte 1997, S. 188).

Daß auch deutsche Dienste die Zusammenarbeit mit der organisierten Kriminalität nicht scheuen, zeigt ein aktuelles Beispiel. Der Ablauf des Plutoniumskandals in Bayern unter Beteiligung des BND, des Bayerischen Landeskriminalamtes und der politischen Verbindung in das Bundeskanzleramt verdeutlicht einmal mehr die Arbeit der organisierten Kriminalität im Regierungsauftrag (vgl. von Bülow 1998, S. 160). Um bei Strafverfolgung beweisen zu können, daß sie im Interesse eines Geheimdienstes gearbeitet hat, pflegt die organisierte Kriminalität vorzubeugen, indem sie ihrerseits versucht, die Geheimdienstoperatoren in kriminelle Handlungen mit entsprechender Spurendokumentation zu verstricken um diese gegebenenfalls der Öffentlichkeit preiszugeben. Dieser Schutzmechanismus trug partiell zur Aufdeckung des Plutoniumskandals bei.

3.2 Medienmanipulation durch Geheimdienste

Der BND infiltriert seit Jahrzehnten die Medien - ein klarer Verstoß gegen seinen Verfassungsauftrag, der innenpolitische Aufklärung ausschließt.

Mitte der neunziger Jahre wurde eine Liste mit Namen von BND-Vertrauensjournalisten veröffentlicht, die Horst Ehmke, als damaliger Leiter des Bundeskanzleramtes dem BND 1970 abverlangte. Diese, erst ein Vierteljahrhundert später öffentlich gemachte Liste, diente als Ausgangspunkt für die Recherche über die Seilschaften zwischen BND und deutschen Journalisten. „Tatsächlich waren es 230 registrierte Pressesonderverbindungen, darunter viele Journalisten von Rang und Namen, und etliche, die zur allerersten Garnitur der bundesrepublikanischen Publizistik zählen“ (Schmidt-Eenboom 1998, S. 16).

Eingeteilt waren diese Presseverbindungen vom BND nach dem Grad ihrer Intensität und Qualität in drei verschiedene Kategorien (vgl. ebd). 1992 wurden in einer Befragung bezüglich der Medieninfiltration des BND 289 angeschriebene Journalisten um Stellungnahme gebeten. Dreiviertel der Befragten nahmen an, daß solche Kontakte zwischen BND und Medienvertretern, wie sie im Zuge des Guillaume-Untersuchungsausschusses aufgedeckt wurden, auch noch heute existieren (vgl. Winkelmann 1993, S. 341ff).

Der Geheimdienstexperte und Friedensforscher Erich Schmidt-Eenboom beleuchtet in seinem Buch „Undercover - Der BND und die deutschen Journalisten“ explizit diese Verbindungen, die sowohl in nahezu allen führenden Tageszeitungen als auch in Hörfunk und Fernsehen bestehen. Das Fazit: Der BND schlägt dem Staate, dem Staatsverständnis der Bundesrepublik und ihrer demokratischen Staatsräson tiefe Wunden. Es zeigt sich, daß der Auslandsnachrichtendienst mehr und mehr zur Inlandsbespitzelung eingesetzt wird (vgl. Schmidt-Eenboom 1998, S. 158).

Ob sich das nachrichtendienstlich-journalistische Beziehungsgeflecht nur in einer für den BND profitablen, zusätzlichen Informationsquelle erschöpft, oder gar in der gezielten nachrichtendienstlichen Manipulation der Medien, wagt Schmidt-Eenboom jedoch nicht festzustellen.

Auf das geistige Leben in Deutschland wird jedoch nicht nur durch landeseigene Dienste Einfluß genommen. So soll nach amerikanischen Berichten zum Beispiel der Springer-Verlag in den früher fünfziger Jahren aus

den Händen des CIA sieben Millionen Dollar zum Aufbau seines Medienimperiums in Deutschland erhalten haben (vgl. Blum 1985, S. 114f). Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Tatsächlich liegt ein großes Potential zur gezielten Interessensverwirklichung in der mediengerecht manipulierten Demokratie. Gerade das Medium Fernsehen, die Nachrichtenmanipulation der Bevölkerung und der fernsehgerecht manipulierte Politiker mit Kurzaussagespot, sind die geeigneten Mittel zur Unterstützung. Dementsprechend wichtig ist es, die Zuschauer nicht zu viel wissen zu lassen und wenn, dann nur das, was gewußt werden soll. Information ist nicht gleich Wissen. Wer sich informiert, läßt sich üblicherweise informieren von denen, die die Information auswählen und zusammenstellen. Zwar wird jeder Rezipient die Information anders verbreiten, aber -darauf setzen die Informanten- im Rahmen eines definierten Informationsraumes und nur im nicht signifikantem Maße hinaus. Zudem ist der Rezipient in der Informationsgesellschaft ein zerstreuter, ein unterhaltener. Er wird so vielfältig einfältig unterhalten, im Rahmen definierter Sender- und Programmformate, daß er im Idealfall nicht mitbekommt, daß sein Informiertsein nicht mit der Wahrheitsbildung übereinstimmt.

In den Industriestaaten, deren Bevölkerung die Komplexität der Lebensverhältnisse kaum noch durchschaut, lassen sich mit dem Instrumentarium der manipulierten Demokratie inzwischen Ergebnisse erzielen, die denen einer Diktatur in nichts nachstehen. Mit dem fernsehträchtigen Kandidaten im Schaufenster, einer wirtschaftlich und finanziell manipulierten Presse in der Hinterhand und dem geschickten Einsatz von Brot und Spielen, heute *tititainment* genannt, können die phantastischsten Kombinationen erreicht werden (von Bülow 1998, S. 431f).

Das weder die politische Aufsicht im Kanzleramt noch die parlamentarischen Kontrolleure im Bundestag über die BND-Regularien zur Rekrutierung von Journalisten unterrichtet waren, zumindest gaben sie sich den Anschein (vgl. Schmidt-Eenboom 1998, S. 11), spricht für sich.

Nicht selten entpuppt sich die Art und Weise der medialen Berichterstattung als pure Augenwischerei. Beispielhaft ist die Medienpräsentation des

muslimischen Fundamentalismus, der allzu oft als Nährboden für friedensfeindliche Bestrebungen angeführt wird. Daß viele der angeblichen Fundamentalisten aus Ausbildungszentren vom CIA und Mossad kamen (vgl. von Bülow 1998, S. 418), bleibt dabei unerwähnt. Es scheint aber weniger der islamische Fundamentalismus im Vormarsch als vielmehr eine neue Geheimdienstfront mit hochmanipulierten Ängsten, die die Rechtfertigung für Konfrontationen, Beibehaltung der Hochrüstung und militärischen Interventionen verheißen.

Man wird offen aussprechen müssen, daß der Aufbau der muslimischen Bedrohungsfront durchaus auch im Interesse der den Friedensprozeß abwürgenden Politik des Likud-Regierungschefs Netanjahu in Israel liegt. Nur mit einer dem Terror, der Unruhe und dem Chaos verfallenden muslimischen-arabischen Welt läßt sich die anhaltende Vertreibung der Palästinenser durch den systematisch gesteuerten Siedlungsbau in den besetzten Gebieten öffentlich durchhalten, ohne zugleich die USA als Schutzmacht zu verlieren (von Bülow 1998, 416 f.).

Bei der Berichterstattung über derartige Vorgänge fällt auf, daß die Medien die zentralen Fragen >>Wem nutzt es? Woher kommen Waffen und Gelder?<< nicht stellen. Informationen, die auf derartige Fragen keine Antwort geben, sind schlichtweg Desinformationen. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß die Medien durch Geheimdienste infiltriert sind.

4. Die überwachte Gesellschaft

Die Überwachung der Gesellschaft im Sinne einer permanenten Kontrolle, ob durch Geheimdienste oder staatlichen Institutionen jedweder Art, ob durch Banken, Versicherungen oder sonstiger Konzerne, ist das zentrale Moment unzähliger Verschwörungstheorien. Sie gilt als das adäquate Mittel zur Umsetzung verschwörerischer Interessen. Doch nicht nur Verschwörungstheoretiker sehen in der totalen Überwachung einen Angriff auf die Demokratie. Auch deutsche Medien berichten streckenweise über die zunehmende Schnüffelei und die orwellsch anmutenden Möglichkeiten und Tätigkeiten staatlicher und nicht-staatlicher Überwachung; manches

Szenario der Tagespresse, manche Statistiken über Abhörzahlen, mancher Bericht über neue Lausch-, Späh- und Registratursysteme, lassen demonstrativ keinen Zweifel mehr daran, daß Geheimdienste und private Kontrollorgane potentiell überall allgegenwärtig sind; routinemäßiges Abhören sämtlicher Fax-, E-Mail-, Telefon- und Internetverbindungen durch das amerikanische Echelon-System, Bewegungsbilder von Handybenutzern, Registrierung sämtlicher elektronischer Finanzvorgänge oder die automatische Erfassung der Nummernschilder auf der Autobahn sind nur einige Beispiele. Aus systemtheoretischer Sichtweise erfolgte die Erkenntnis, daß die heutigen Gesellschaften zunehmend intern wie extern auf klare Inklusions- als auch Exklusionskriterien angewiesen sind (vgl. Luhmann 1995, S. 147). Diederich Diederichsen unterstreicht diese Beobachtung, indem er die These vertritt, daß die Foucaultschen Disziplinar-gesellschaften in Kontrollgesellschaften übergehen (vgl. Diederichsen 1995, S. 135). Kontrolle ist hierbei über soziale Konventionen oder aber durch verstärkte Überwachung zu erreichen. Ob verschwörungs- oder systemtheoretisch begründet, skizziert wird das Bild einer überwachten Gesellschaft. Auch wenn dieses Bild nicht als status quo, sondern als dystopische Prognose verstanden wird, so weisen im Alltag etliche, empirisch nachweisbare Indizien darauf hin.

4.1 Der Fall PROMIS

Der CIA hat in den achtziger Jahren über Deckfirmen die Spionage-Software PROMIS weltweit verkauft. Das Programm kann die Datenbanken unterschiedlicher Plattformen in einer einzigen Datenbank konsolidieren und ist somit ein perfektes Werkzeug für Rasterfahndungen. Doch das Programm wurde vom CIA so modifiziert, daß es auf reiner Softwarebasis für zyklische Abstrahlung der sensiblen Informationen sorgt. Seit 1983 wurden somit weltweit Banken, Geheimdienste und andere sensible Bereiche unwissentlich von der CIA und NSA überwacht. Laut Zeugenaussagen wurde PROMIS an 88 Länder verkauft, darunter auch an Deutschland (vgl. Meyns, 1999).

Mit PROMIS als „Trojanischem Pferd“ hat die NSA auch Zugang zu deutschen Daten. Die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Vorteile, die sich für die Datenempfänger daraus ergeben, fügen der Bundesrepublik Deutschland erheblichen Schaden zu. Obwohl in den USA bereits mehrere Gerichtsverhandlungen und Kongresse stattfanden, wurde der Fall PROMIS von den Medien nur am Rand aufgegriffen. Zeugen, die Informationen preisgeben wollten, wie etwa der NSA-Angestellte Alan Standorf oder der Journalist Danny Casolaro, wurden ermordet (vgl. ebd).

Kein anderer bekannt gewordene Fall enthüllt ein so einflußreiches Beziehungsgeflecht bis hinauf ins Weiße Haus, ein so weltumspannendes Netz von Spionagediplomatie, Nachrichtendiensten, Mafia und Drogenszene. Auf verschiedenen Umwegen wurde PROMIS an die ehemalige Sowjetunion verkauft, um in Computer installiert zu werden, die Nukleartests kalkulieren. Auch heute noch vertreibt man diese Software in der GUS. Die Israelis haben das System in Jordanien und Ägypten eingesetzt. In Frankreich kursiert PROMIS in vier Banken, unter anderem der BNP und der Credit Lyonnais (vgl. Calvi, Pfister 1998, S. 293). Der Fall PROMIS offenbart eine der folgenschwersten Verschwörungen dieses Jahrhunderts.

4.2 NSA und Microsoft

Die National Security Agency (NSA) kann als das offizielle kryptographische Organ Amerikas bezeichnet werden. Ihr Budget beträgt vermutlich 10 Milliarden US-Dollar. Mit ihrem Einfluß auf wichtige Institutionen in den USA, wie dem NIST (National Institute of Standards and Technologie) wird sie als der Urheber für Verschlüsselungssoftware zum Schutze privater und sensibler Daten, wie beispielsweise „Pretty Good Privacy“ (PGP) benannt. Beim deutschen Bundesnachrichtendienst ist man sich sicher, daß die NSA gleichsam die Schlüssel zur Entzifferung von Software-Programmen wie PGP besitzt (vgl. Ulfkotte 1997, S. 135). Das seit Jahren frei erhältliche Programm ist dabei sich weltweit als Standard für „sichere“ Entschlüsselung zu etablieren. Es wird sowohl von deutschen Behörden als auch von der UNO in der Annahme eingesetzt, von niemandem belauscht zu werden. Die amerikanische Regierung erlaubt amerikanischen Kryptografiefirmen nur den Export von Verschlüsselungssoftware, die von der NSA entschlüsselt werden kann. Zum eigentlichen Zwecke der Industriespionage wird aber auch Einfluß auf entsprechende Gesetzeslagen anderer Länder genommen. Druck auf die Bonner Politiker übt vor allem David L. Aaron, amerikanischer Botschafter bei der Pariser Industriestaaten-Organisation OECD, aus. Aaron ist zugleich Washingtons Sonderbotschafter für Kryptographie und koordiniert eine europaweite amerikanische Kampagne mit dem Ziel einer strengen Regulierung des Kryptographiemarktes.

Eine der vielen Verschwörungstheorien, die seit Jahren um amerikanische Software herumrankt, ist die Behauptung, amerikanische Software besäße versteckte Hintertüren, die amerikanischen Behörden einen ungehinderten Zugriff auf die Daten des Benutzers ermöglichen würden. Ende August 1999 hat sich diese Behauptung bei den Windows-Betriebssystemen von Microsoft bestätigt. Der US-Amerikaner Andrew Fernandes, Chefwissenschaftler der kanadischen Firma Cryptonym fand und beschrieb so eine Hintertür, ausgerechnet in einem der sensibelsten Bereiche des Betriebssystems, in der sogenannten Crypto-API (vgl. Karadeniz, 2000). Der deutsche Chaos Computer Club bestätigte in einer Pressemeldung die Behauptung der Cryptonym Corporation, wonach in dem Betriebssystem Windows 95, 98, NT sowie Windows 2000 (beta) eine „massive Software-Hintertür“ für den amerikanischen Geheimdienst NSA enthalten ist (vgl.

Chaos Computer Club, 2000). Demgemäß besteht keinerlei Verlaß mehr für die Sicherheit von Verschlüsselungsprodukten unter Windows. Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang, daß die deutsche Bundesregierung auf der einen Seite autonome Verschlüsselung fördert, sich aber auf der anderen Seite selbst auf derartig unsichere Betriebssysteme verläßt. Selbst in sensiblen Bereichen des Bundestages und der Regierung wird Windows eingesetzt. Durch den NSA-Key in Microsoft-Programmen können auch die gespeicherten Daten auf jedem beliebigen Home-PC geheimdienstlich gelesen werden.

4.3 Das Echelon-System

Nahezu die gesamte Kommunikation auf dem Erdball wird über ein mit zahlreichen Sicherheitsbarrieren ausgestatteten Überwachungssystem abgehört und ausgewertet. Seit Beginn der achtziger Jahre bedient sich die NSA eines globalen Abhörnetzes, welches den gesamten über Satelliten geleiteten Kommunikationsverkehr - Telefonate, E-Mails, Faxe, Pager sowie alle sonstigen digitalen Daten überwacht. Codename: Echelon (Stufenleiter). Involviert in Echelon sind neben der NSA Institutionen in Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland, wobei nur die NSA über den gesamten Datenpool verfügt (vgl. Hager 1998). Die für die Überwachung der deutschen Kommunikationswege zuständige Echelon-Station steht im bayerischen Bad Aibling. Gerade die innerstaatliche Kommunikation ist ein Hauptziel der Lauscher (vgl. ebd.).

Nachdem über den Freedom of Information Act ein offizielles Dokument die Existenz von Echelon bestätigte, hat das EU-Parlament 1997 diesbezüglich eine Untersuchung beantragt. Ergebnis des Scientific and Technological Options Assessment (STOA)-Berichtes: Die NSA kontrolliert mit Hilfe von Echelon den gesamten europäischen Kommunikationsfluß, vor allem europäische Konzerne werden abgehört (vgl. Europäisches Parlament, 2000).

Es handelt sich bei Echelon insbesondere um ein Instrument der Wirtschaftsspionage. Zunehmend kommen jedoch Berichte zum Vorschein, die die Vermutung zu bestätigen scheinen, daß mit dem System auch die

gesamte, über Satelliten laufende private Kommunikation nach Schlüsselbegriffen durchsucht und ausgewertet wird. In den USA haben sich bereits Bürgerrechtsorganisationen wie das Electronic Privacy Information Center (EPIC) gegründet, die gegen die NSA klagen. Diese soll somit, verpflichtet durch den Freedom of Information Act, gezwungen werden Dokumente über die Bespitzelung von E-Mails von US-Bürgern preiszugeben (vgl. EPIC, 2000).

Daß neben der NSA aber auch der deutsche BND tendentiell zu derartigen Überwachungsmechanismen, die sich jeglicher demokratischer Legitimation entziehen, fähig ist, soll nicht unerwähnt bleiben. „BND-Mitarbeiter verschweigen aber gern, daß man in Pullach in der Lage ist, restlos alle elektronischen Daten abzufangen und zu manipulieren. Die technische Aufklärung ist darauf spezialisiert, alle über einen ausländischen Anbieter (zum Beispiel CompuServe und America Online) versandten E-Mails abzufangen und mitzulesen“ (Ulfkotte 1997, S. 133).

5. Cui bono: Die Welt als Freihandelszone

Bei der abschließenden Frage nach den möglichen Hintermännern der Verschwörungen, die versuchen, die Geschehnisse des Weltgeschehens in ihrem Sinne zu beeinflussen, lohnt sich die Frage nach dem kriminalistischen cui bono. Wem gereichen bestimmte Ereignisse, die Instrumentalisierung der Geheimdienste und politische Prozesse zum Nutzen, wem schaden sie, und kann es sein, daß Vor- wie Nachteile aus dem Zufall geboren werden.

Ein Beispiel: Im Zuge des expandierenden Globalisierungsprozesses und der damit einhergehenden Entwicklung der Welt zur Freihandelszone ist gleichzeitig ein gewaltiges Konglomerat an passenden Verschwörungstheorien entstanden. Da wird das Klischee der „jüdisch-geheimen Weltregierung“ ebenso bedient wie das der mysteriösen Geheimbünde. Stellt man sich die Frage, wer Freihandelsabkommen wie das North-American Free Trade Agreement (NAFTA) oder das Multilaterale Abkommen für Investitionen (MAI) konzipiert und lanciert, so gelangt man aufgrund

spärlicher Informationen tatsächlich leicht zu der Meinung, es gäbe große Unbekannte, die die Strippen ziehen.

Das MAI war der Entwurf eines globalen Investitionsabkommen der 29 Industrieländer der OECD (Organisation for Economic Development). Obwohl das politisch nicht durchsetzbare MAI-Projekt schließlich zurückgenommen wurde, haben seine Inhalte nicht an Relevanz verloren. Drei Jahre wurde über dieses Abkommen in geheimen Zusammenreffen verhandelt. Kaum etwas drang nach außen, selbst der Vertragstext nicht, der nur auszugsweise in englischer Fassung vorlag (vgl. Komitee Widerstand gegen das M.A.I. 1998, S. 11ff).

Die Vertragspunkte solcher Freihandelsabkommen haben jedoch Folgen von enormer sozialer Bedeutung: Riesige Migrationsbewegungen von Firmen in Billiglohnländern und der Verlust von Mitbestimmung und demokratischer Mitwirkung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz sind nur die unmittelbaren Folgen. „Die Folgen der Inkraftsetzung eines solchen Abkommens wäre ein tiefgreifender Legitimationsverlust unseres politischen Systems, der unübersehbare Nebenfolgen nach sich ziehen würde“ (Glunk 1998, S. 11).

Im Stillen werden solche Verträge ausgeklügelt und bieten den Nährboden für die abstrusesten Verschwörungstheorien. Dabei sind die Personen, die die Entwicklung der Welt zur Freihandelszone ganz konkret nach ihren Vorstellungen gestalten, keineswegs mysteriös. Kehrt man zur Machtfrage zurück, so stellt sich also für die Bereiche der Wirtschaft und Politik die Frage: Wer steuert, wer herrscht? Recherchiert man im Internet, stößt man auf interessante Melangen und Allianzen führender politischer, wirtschaftlicher und publizistischer Kräfte. Die Mitgliederliste der Trilateral Commission, der Bilderberger Group, des Council of Foreign Relations ließt sich wie ein Who is Who der politischen und ökonomischen Weltelite. Die Bilderbergers treten in keinerlei Weise publizistisch in Erscheinung - auch nicht zum Zwecke der Tarnung. Gewährleistet wird das öffentliche Schweigen durch die Einbindung führender Kräfte der Medien als Gäste, die sich bei Teilnahme an den Treffen zum Schweigen verpflichten und dazu, dafür zu sorgen, daß auch andere nichts über die Bilderbergers zu berichten haben. Das deutsche Kontingent der ständigen Mitglieder wird gebildet von Christoph Bertram, Außenkorrespondent der Zeit und Hilmar Kopper,

Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG (vgl. Ross sr. 1995, S.82). Auch die personellen Interferenzen der Trilateral Commission mit dem Council of Foreign Relations sprechen für sich: Gründer und Ehrenvorsitzender ist David Rockefeller, Vorsitzender für Europa ist Otto Graf Lambsdorff. Zum Konsortium gehören ferner illustre Gäste wie Otto Wolff von Amerongen und Zbigniew Brzezinski (vgl. ebd., S.115ff).

Brzezinski hatte als Sicherheitsberater US-Präsident Carters einen breiten und tiefen Einblick in die verdeckte amerikanische Außenpolitik. In seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ (Beltz Quadriga, Weinheim 1997), das zeitgleich mit Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“ (Europaverlag, München 1997) erschien, kommt verhältnismäßig deutlich die machtbezogene imperiale Außenpolitik zum Vorschein, deren Hauptziel es sein müsse, bestimmte Macht-, Wirtschafts- und Finanzprivilegien abzusichern und auszubauen. Laut Andreas von Bülow kann man bei beiden Büchern mit einiger Sicherheit von Auftragsarbeiten der CIA ausgehen (vgl. von Bülow 1998, S. 489).

Etliche Mitglieder der Bilderbergers, der Trilateral Commission sowie des Council of Foreign Relations besetzten führende Positionen bei der World Trade Organisation (WTO), Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Die drei autonomen, völkerrechtlich anerkannten Einrichtungen „...bilden nun -wie Spötter sagen- die unheilige Dreieinigkeit, auf jeden Fall ein Verbundsystem mit erheblicher Kompetenz zur Regulierung des Rechtsrahmens für internationale Währungs-, Finanz- und Handelsregime“ (Tetzlaff 2000, S. 277). Der Kreis schließt sich also zu den besagten Freihandelsabkommen.

Was bei den geheimen und halbgeheimen, hochkarätigen Treffen führender Kräfte der Finanzwelt, der Politik und der Publizistik erörtert wird, wird nicht besprochen, um es bei Worten zu belassen. Wo sich so viel Macht und Wissen konzentriert, ist damit zu rechnen, daß die Kommunikation Konsequenzen hat.

Gerade die Verflechtung von politischem und ökonomischem Einfluß, deren Rhizome konkrete Personen sind, kann insgeheim viele weitreichende Prozesse auf dem „kurzen Dienstweg“ in Gang setzten. Bezüglich der Fusion von Citibank und Travellers zur weltgrößten Bank für Privatkunden, die

vergleichsweise rasch vom amerikanischen Kartellamt abgesegnet wurde, dürfte man immerhin anmerken, daß Bill Clinton und John Reed (Chef der Citibank) Mitglieder des Council of Foreign Relations sind und daß der Gründer „National City Bank“, aus der die Citibank hervorging, ein Rockefeller war (vgl. Ross sr. 1995, 124f.).

6. Schlußbetrachtung

Die vorliegende Hausarbeit hat aufgezeigt, daß die geheimen Nachrichtendienste weltweit die ihnen per Verfassung und Gesetz zugewiesenen Aufgaben überschreiten.

Diese mit erheblichen Finanzmitteln ausgestatteten Imperien brechen das Völkerrecht, stürzen ganze Regime, manipulieren die Medien, nutzen die Gelder der organisierten Kriminalität, die sie vorgeblich bekämpfen, greifen in das Privatleben eines jeden Bürgers, indem sie seinen gesamten Informationsaustausch über Kabel und Satelliten mithören.

Durch die dargestellten Möglichkeiten, die ihnen dabei zur Verfügung stehen, werden schon als selbstverständlich hingegenommene Grundrechte, wie etwa das Recht auf Privatsphäre oder das Brief- und Bankgeheimnis (E-mail, Telebanking) verletzt. Auch in Europa wird versucht nach amerikanischem Vorbild den Nachrichtendiensten Zugriff auf alle Daten der Bürger zu verschaffen. Die zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität geschaffenen Maßnahmen müssen jedoch vor Mißbrauch geschützt werden. Dies ist nicht der Fall. Demokratische bzw. gerichtliche Kontrolle ist nicht erwünscht, ebenso wenig eine öffentliche Diskussion.

Eine Möglichkeit zur Durchsetzung des Bürgerrechts auf vertrauliche Computer-Kommunikation liegt in der Verwendung von Verschlüsselungsprogrammen, die vor dem Zugriff der Geheimdienste sicher sind. Dafür, daß dieses Vorhaben jedoch nicht in die Tat umgesetzt wird machen sich alle wichtigen US-Lobby-Gruppen aus dem Bereich der Informationstechnologie und zahlreiche EU-Gruppierungen stark.

Die Nachrichtendienste unterliegen der Bindung an Gesetz und Recht. Eine

solche Bindung ist allerdings nur so effektiv wie die Mechanismen, die zur Überwachung ihrer Einhaltung bestehen.

Es ist wahrscheinlich, daß eine Demokratie dann gefährdet ist, wenn sie nicht mehr die Gewalt über ihre eigenen Institutionen besitzt. Auch die in der Bundesrepublik Deutschland zuständigen Kontrollgremien, unter anderem die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK), scheinen diese Aufgabe jedoch nicht erfüllen zu können.

Je mehr die Geheimdienste ihren Informationspool erweitern, desto größer wird ihr Herrschaftswissen und folglich ihre Relevanz für Interessengruppen, die die Geheimdienste in ihrem Sinne zu instrumentalisieren versuchen. Um dem entgegenzuwirken müssen die vorgeblich ausgeprägten Kontrollen für die Geheimdienste so modifiziert werden, daß ein Eigenleben der Geheimdienste fernab jeglichen demokratischen Grundverständnisses zu unterbinden möglich ist.

Sollte dies nicht gewährleistet werden, um durchzusetzen, daß die Regeln der Demokratie, des Rechtsstaats und der Achtung des Völkerrechts nicht nur in Worten beschworen, sondern in praktische und berechenbare Politik umgesetzt werden, bestünde die Gefahr, daß die Geheimdienste zunehmend durch private Interessengruppen mißbraucht würden.

Solche Interessengruppen, deren Einflußradius groß genug ist, sich über geltende Gesetze hinwegzusetzen, treffen sich in geheimen Gremien wie den Bilderbergers, dem Council of Foreign Relations, der Trilateral Commission und dem Round Table.

Der Sinn der Erwähnung solcher „Kooperationsgesellschaften“ liegt *nicht* in der Schaffung von Feindbildern, die die kollektive Verantwortung für bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen zu tragen haben, sondern in der Tatsache, daß ihnen die Möglichkeiten obliegen, soziale Veränderungen hervorzurufen, die alle Bürger betreffen.

Wenn unter Ausschluß der Öffentlichkeit elitäre Zusammenkünfte arrangiert werden, wie etwa der alljährlich stattfindende Gipfel des WEF (World Economic Forum), dann werden dort „global agendas“ debattiert wie die Bedrohung (der freien Wirtschaft) durch islamische Fundamentalisten, Globale Investitionspolitik, der Widerstand gegen die Europäische Währungsunion, genetics und Fragen der allgemeinen Erziehung.

Kooperationen und Beziehungsgeflechte zum Zwecke des eigenen Vorteils haben alltäglichen Charakter, aber dort wo soviel Macht zentriert ist, mit so weitreichender Auswirkung auf gesamte Gesellschaften, sind Transparenz und Partizipation notwendige Maßnahmen, um die Stabilität und das Fortbestehen der Demokratie zu gewährleisten.

Die vorliegende Arbeit konnte nicht aufzeigen, ob eine tatsächliche Instrumentalisierung der Geheimdienste durch solche Interessengruppen besteht. Sicher ist aber, daß die Nachrichtendienste über die technischen Mittel verfügen, um sensible Informationen zu sammeln und, daß sie diese, bei fehlender demokratischer Kontrolle auch weiterleiten. Mehrwert kann durch Informationen erzeugt werden, die über Kreditwürdigkeit, Konsumvorlieben, Interessen, Bedürfnisse und Wünsche von Individuen Auskunft geben. Solche Möglichkeiten bleiben nicht ungenutzt.

Verschwörungen beginnen dort, wo eine pluralistische vom Volke ausgehende Willensbildung endet. Die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste und die weitreichenden Beschlüsse der genannten Geheimgremien sind als demokratiegefährdende Momente ernstzunehmen, da sie unter dem Deckmantel der Demokratie von innen destruktiv wirken.

Literaturverzeichnis

Blum, Williams (1986):

The CIA - a forgotten history. London and New Jersey: Zed Books.

Bülow, Andreas von (1998):

Im Namen des Staates. CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste. München: Piper.

Calvi, Fabrizio /

- Thierry Pfister (1998): PROMIS. Das Auge Washingtons.
Zürich: Unionsverlag.
- CIA The Pike Report (1977): New York: Spokesman Books.
- Diederichsen, Dietrich (1995): Wie aus Bewegungen Kulturen und aus
Kulturen Communities werden. In:
Gotthard Fuchs et. al. (Hrsg.) Mythos
Metropole. Frankfurt am Main:
Suhrkamp.
- Glunk, Fritz R. (Hrsg.) (1998): Das MAI und die Herrschaft der
Konzerne. Die Veränderung der Welt
durch das Multilaterale Abkommen
über Investitionen. München:
Deutscher Taschenbuch Verlag.

- Groh, D. (1987): The Temptation of Conspiracy Theory, or: Why Do Bad Things Happens to Good People? Part I: Preliminary Draft of a Theory of Conspiracy Theories. In: C. F. Graumann & S. Moscovici (Hrsg.). Changing Conceptions of Conspiracy. New York: Springer.
- Komitee Widerstand gegen das M.A.I. (1998): Reader zum Internationalen Kongreß „Der Gipfel der Globalisierung“. Universität Bonn.
- Krüger, Henrik (1980): The Great Heroin Coup-Drugs, Intelligence & International Fascism. Montreal: Black Rose Books.
- Luhmann, Niklas (1995): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Band 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Moscovici, S. (1987): The Conspiracy Mentality. In: C. F. Graumann & S. Moscovici (Hrsg.). Changing Conceptions of Conspiracy. New York: Springer.
- Ross, Robert Gaylon Sr (1995): Who`s Who of the Elite: Member of the Bilderbergers, Council of Foreign Relations, Trilateral Commission and Skull & Boner Society. Texas: Ross International Enterprises.
- Schmidt-Eenboom, Erich (1998): Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten. 2. Auflage. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

- Tetzlaff, Rainer (2000): WTO-Protest und Verheißung in Seattle. Worum geht es bei der „World Trade Organization“? In: Hans Hermann Hartwich u.a. (Hrsg.). Gegenwartskunde-Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung. Heft 3, Seite 275-283. Leverkusen: Leske und Budrich Opladen.
- Ulfkotte, Udo (1997): Verschlusssache BND. 2. Auflage. München und Berlin: Koehler und Amelang.
- Vankin, J. / Whalen, J. (1998): The 70 Greatest Conspiracies of All Time. History`s Biggest Mysteries, Coverups & Cabals. Toronto, etc.: Citadel.
- Winkelmann, Mechthild (1993): Berichterstattung aus dem Dunkel Geheimdienste. Journalisten auf verlorenen Posten? Münster.

Internet:

Chaos Computer Club: Pressemitteilung

http: // www.ccc.de/CRD_1999_0903.html, 6.5.2000

EPIC (Electronic Privacy Information Center): Homepage

http: // www.Echelonwatch.org/, 3.4.2000

Europäisches Parlament: STOA-Bericht. „Eine Bewertung der Technologien für eine Politische Kontrolle.“

http: // www.europarl.eu.int/dg4/stoa/de/publi/166499/execsum.htm#2.2.,
18.3.2000

Hager, Nicky: “Exposing the Global Surveillance System.“

http: // www.accessible.com/~rivero/politics/echelon/echelon.html, 1.12.1998

Karadeniz, Besim: “File 012-Das meistgesuchtete Hintertor”

http:// www.netplanet.org/i-files/file012.html, 9.2.2000

Meyns, Bettina: „PROMIS“

http: // www.sime.com/dschjan/PROMIS.htm, 27.8.1999